

An die frauenpolitischen Sprecherinnen der Fraktionen im Landtag NRW

An Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBG NRW)

Aachen, den 08.07.2020

**Stellungnahme zum Antrag der Fraktionen CDU und FDP - Drucksache 17/9818
(Landtag NRW vom 16.06.2020) und dem Beschluss der 95. Sitzung des Landtages
NRW vom 25.06.2020**

Sehr geehrte Frau Ministerin Scharrenbach!
Sehr geehrte frauenpolitische Sprecherinnen im Landtag NRW!

Als Landesverband autonomer Frauen-Notrufe NRW, Dachverband der autonomen Frauenberatungsstellen NRW und LAG Autonomer Frauenhäuser NRW mit allen unseren Mitgliedseinrichtungen befassen wir uns seit Jahrzehnten u.a. mit Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit zum Themenfeld „Gewalt gegen Frauen und Mädchen“.

1

Von den seit März 2020 verhängten Infektionsschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie waren und sind natürlich auch die Hilfsangebote für Gewaltbetroffene Frauen und Mädchen in ihrer Arbeit stark beeinflusst. Der Shutdown führte in den allermeisten Beratungsstellen zunächst zu einer Umstellung von persönlicher Beratung hin zu Telefon- oder Chatberatung. Gleichzeitig mussten die Frauenhäuser und die Beratungsstellen im laufenden Betrieb ohne Vorlauf auf Infektionsschutzmaßnahmen-gerechte Abläufe umorganisieren. Alle Facheinrichtungen haben sich schnell und flexibel auf die Situation eingestellt, online und offline Angebote parallel entwickelt und angeboten und kehren allmählich wieder zum Normalbetrieb zurück.

Wie bereits im März aus anderen Corona-betroffenen Ländern bekannt war, wurde in Fachkreisen auch für Deutschland ein Anstieg von Gewaltausübung in Familien und Partnerschaften erwartet. Dies war begründet durch die erzwungene Isolation einhergehend mit großer Verunsicherung und psychischen Ausnahmesituationen (Kontaktverbote, plötzliche Homeoffice-Situation, verminderte finanzielle Einnahmen und Existenzängste durch Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit, Aussetzen von institutioneller Versorgung für Kinder und Jugendliche, u.v.m.). Zu Beginn des Lockdowns war zu beobachten, dass Frauen und Mädchen nur verzögert Kontakt mit den Hilfseinrichtungen aufnahmen, z.B. weil sie unsicher waren, ob diese geöffnet sind. Auch die Angst vor Ansteckung hielt viele zurück, sich ärztliche, therapeutische oder beraterische Hilfe zu suchen. Daher waren v.a. Informationen über die Erreichbarkeit der Einrichtungen wichtig und gefragt.

Als Facheinrichtungen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen hatten und haben wir natürlich von Beginn des Shutdowns an auch diejenigen Zielgruppen im Blick, die wenig

Zugang zum Hilfesystem haben, weil sie z.B. die Hilfseinrichtungen noch nicht kennen/kannten. Auch die durch Corona bedingte besondere Situation, sich ggf. nicht um Hilfe und Unterstützung von außerhalb bemühen zu können oder einer verstärkten Kontrolle durch gewalttätige Partner*innen/Familienangehörige zu unterliegen, wurde in den Beratungsstellen reflektiert.

Natürlich haben wir uns dabei auch mit Angeboten und Kampagnenansätzen aus anderen Ländern - insbesondere Frankreich und Spanien – auseinandergesetzt. Auf den ersten Blick hatten die Codewort-Kampagnen, die unter „Maske 19“ bekannt wurden, auch bei uns als Beispiel für Deutschland bzw. NRW eine hohe Attraktivität. Die Auseinandersetzung mit möglichen Übertragungs- und Umsetzungsstrategien wie auch lokal gewonnene Erfahrungen ergab, dass die Kampagne als Notfallmaßnahme im Rahmen einer absoluten Ausgangssperre wie in Spanien und Frankreich ihre Berechtigung hatte. Diese Lage ging jedoch weit über die Maßnahmen des Lockdowns in Deutschland hinaus. Die Konzentration auf Apotheken und Arztpraxen als erste Anlaufstellen machte durchaus auch in Deutschland Sinn, solange Vieles andere geschlossen hatte und wenige Sozialkontakte stattfanden.

Der Schwerpunkt von örtlichen und überregionalen Kampagnen und der Informationsarbeit der Fraueninfrastruktur liegt in NRW und Deutschland seit März darauf, über die Hilfsangebote zu informieren und konkrete Ansprechpartner*innen vor Ort auf Plakaten oder Notfallkarten zu benennen und deren Erreichbarkeiten an die Frauen und Mädchen weiter zu geben. Dort wo örtlich / regional eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit umgesetzt wurde, zeigte sich, dass die Zahl der Hilfesuchenden schnell wieder anstieg.

In der aktuellen Situation in Deutschland mit weitgehenden Lockerungen und einer schrittweisen Rückkehr zum Normalbetrieb ist es aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar, warum eine in einer Ausgangssperre entwickelte Notkampagne nun landesweit umgesetzt werden soll.

2

Befindet sich eine von Gewalt betroffene Person in einer absolut akuten Bedrohungssituation, was ja auch außerhalb der Coronazeit leider Realität ist, wird sie – so es möglich ist – auch jetzt schon jede Möglichkeit nutzen und jede Person in unmittelbarer Nähe um Hilfe bzw. das Absetzen eines Notrufes bitten.

Ist eine von Gewalt betroffene Person in der Lage, eine Apotheke oder einen Friseursalon aufzusuchen und möchte sie die Polizei einschalten, ist auch davon auszugehen, dass sie dies selbständig zu tun in der Lage ist.

Sehr viel häufiger geht es jedoch darum, dass Betroffene – bevor sie sich für das Einschalten einer (Strafverfolgungs-)Behörde entscheiden, Fragen in Bezug auf die Konsequenzen für sich, ggfs. ihre Kinder und / oder den gewalttätigen Partner haben, dass sie sich Unterstützung und Begleitung wünschen bei der Entscheidungsfindung.

Genau hier könnte und sollte eine unbedingt breit angelegte und kontinuierliche Informationskampagne ansetzen, die über die vorhandenen lokalen und auch überregionalen Hilfsangebote informiert.

Damit werden gewaltbetroffene Frauen und Mädchen in die Lage versetzt, ihren Weg aus der Gewalt selbst zu steuern und ihren eigenen Weg aus der Gewalt zu gehen.

Eine solche Kampagne wird in erster Linie allgemein als auch während der weiter anhaltenden Corona-Pandemie-Lage ihre Wirkung entfalten.



Und mit einer solchen Kampagne könnte NRW auch wesentliche Vorgaben der Istanbul-Konvention erfüllen.

Eine Konzentration auf die Corona-Pandemie-Situation bewerten wir als stark eingegrenzt: Bereits zum jetzigen Zeitpunkt ist eine Überdrüssigkeit an sog. „Corona-Informationen“ festzustellen. Der Aufhänger „Covid 19“ und direkte Zusammenhang mit der Corona-Pandemie wird sich noch weiter abnutzen und evtl. sogar schneller überholt sein als eine große Kampagne flächendeckend für NRW in die Praxis umgesetzt wäre.

Im Antrag der Fraktionen der CDU und FDP wird zudem ein Vergleich mit der seit Jahren in vielen Städten und Landkreisen etablierten Präventionskampagne „Luisa ist hier!“ (© Frauennotruf Münster) gezogen. Dies geschieht wahrscheinlich wegen des Einsatzes eines Code-Wortes, ansonsten sind die Kampagnen inhaltlich nicht übertragbar. „Luisa ist hier!“ bietet Frauen und Mädchen Möglichkeiten der schnellen Hilfe in übergriffigen oder unangenehmen Situationen. Das Wesentliche dabei ist, dass der Code dafür steht, dass die Betroffenen in einem ruhigen Setting danach gefragt werden, welche Unterstützung sie brauchen. Dabei geht es um unmittelbare menschliche Hilfe, um Information über fachliche Anlaufstellen und auch um eine Positionierung von Institutionen gegen sexualisierte Gewalt. Ein wesentlicher Konzeptbestandteil von „Luisa ist hier!“ ist eine intensive Kooperations- und Vernetzungsarbeit vor Ort, zu der sich einzelne Betriebe (u.a. Clubs, Bars, Gastronomie) verpflichten und die vor allem ihr Personal mit Kundenkontakt kontinuierlich schulen lassen. Dies trägt dazu bei, Missverständnisse zu vermeiden. Eine sofortige Einschaltung der Strafverfolgungsbehörden im Rahmen von „Maske 19“ könnte für Frauen, die das Codewort anders verstanden haben, nachteilige Folgen haben: Interventionen ohne vorangehende Gefährdungseinschätzung mit besonderer Berücksichtigung evtl. ebenfalls betroffener Kindern könnten die Gewaltsituation sogar weiter verschärfen.

3

Wir plädieren daher nachdrücklich dafür, finanzielle Mittel wie auch die erforderliche Energieleistung für die Umsetzung einer landesweiten Kampagne nachhaltig und zukunftsorientiert einzusetzen.

Eine breit angelegte Informationskampagne in Absprache mit den Frauenunterstützungseinrichtungen bietet hohes Synergiepotenzial. Vertreterinnen unserer Verbände stehen selbstverständlich zur Verfügung, ihre fachlichen Expertisen aktiv in die Planung und Umsetzung für NRW einzubringen.

Sehr gerne stehen wir auch für weitere Erläuterungen und zur Diskussion zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Agnes Zilligen

**Landesverband autonomer
Frauen-Notrufe NRW e.V.**
Telefon 0241 54 22 20
info@frauennotrufe-nrw.de

Martina Schmitz

**Dachverband der autonomen
Frauenberatungsstellen NRW e.V.**
Telefon 0201 749 478 95
mail@frauenberatungsstellen-nrw.de

Claudia Fritsche

**LAG Autonomer Frauenhäuser
NRW e.V.**
Telefon 0231 971 03 00
lag.frauenhaeuser-nrw@gmx.de